



Medienmitteilung

Zürich, 8. Januar 2021

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 11. Januar 2021 Fokusthemen: **Initiativen und Bildung**

Initiativen zu Justiz, Tierschutz und Stellvertreterregelungen in Parlamenten

Zur ersten Sitzung im neuen Jahr wird sich der Zürcher Kantonsrat am Montag erstmals in der Halle 9 der Messe Zürich treffen. Der provisorische Sitzungssaal steht dem Kantonsrat vorerst bis Ende Jahr zur Verfügung. Am Vormittag wird der Rat hauptsächlich verschiedene Initiativen beraten. Dabei geht es darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Auf der Traktandenliste stehen unter anderem drei Einzelinitiativen und eine Behördeninitiative des Zürcher Gemeinderates. Gefordert wird von einer Privatperson aus Oberengstringen eine Stärkung der Gewaltenteilung im Justizwesen durch striktere Unvereinbarkeiten ([KR-Nr. 355/2020](#)). Der Gemeinderat der Stadt Zürich will, dass auf kantonaler Ebene eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, die es den Gemeindeparlamenten ermöglicht, eine Stellvertretungsregelung zu erlassen ([KR-Nr. 354/2020](#)). Eine Privatperson aus Nürensdorf fordert, dass Bauten zum Schutz von Amphibien aller Art gegen Kollisionen mit Fahrzeugen im Strassengesetz per Definition auch zur Strasse gehören sollen ([KR-Nr. 401/2020](#)). Laut einem Einzelinitianten aus Uster werden im Kanton Zürich die von der Bundesverfassung vorgegebene unentgeltliche Rechtspflege für Mittellose sowie der unentgeltliche Rechtsbeistand nur teilweise erfüllt, was durch den Kantonsrat zu ändern sei. ([KR-Nr. 435/2020](#)).

Ausgleichszahlung, Kostenberechnung und finanzielle Unterstützung

In der verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat am Montagvormittag ein paar der zahlreichen parlamentarischen Initiativen auf der Traktandenliste behandeln. Auch dabei geht es vorerst lediglich darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. GLP-Kantonsrat Andreas Hasler fordert mit Unterstützung von SP und Grünen, dass Bauherren für grössere Bauten und Anlagen, die mindestens drei Jahre lang ausserhalb der Bauzonen stehen, einen permanenten ökologischen Ausgleich mit hoher ökologischer Qualität leisten müssen ([KR-Nr. 395/2019](#)). SVP-Kantonsrat Martin Hübscher verlangt, unterstützt von FDP und GLP, dass die Kommissionen des Kantonsrates künftig in ihren Berichten an den Rat nicht nur darlegen sollen, welche Anträge des Regierungsrates sie bei einem Geschäft aufgenommen oder abgelehnt haben, sondern auch, welche finanziellen Auswirkungen damit verbunden wären ([KR-Nr. 396/2019](#)). Und GLP-Kantonsrätin Cristina Cortellini möchte, dass der Kanton den Gemeinden Beiträge aus dem Verkehrsfonds für eine siedlungs- und landschaftsverträgliche Einbettung von Bahninfrastrukturanlagen zuweisen kann ([KR-Nr. 402/2019](#)).

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon) 079 385 51 84
Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), 079 222 27 80
Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon), 079 784 75 24

Höhere Löhne für Pflegeberufe gefordert

Zum Auftakt der Nachmittagssitzung wird sich der Kantonsrat mit einem Postulat von Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, befassen ([KR-Nr. 478/2020](#)). Diese fordert mit

Unterstützung von SP und CVP den Regierungsrat auf, in der Kommission für Richtpositionsbewertung (RBK) eine Höhereinstufung der Pflegenden im kantonalen Lohnsystem zu beantragen. Bei der Behandlung des Vorstosses wird es am Montag aber nicht um die Sache gehen, sondern lediglich um die Frage, ob das Postulat dringlich erklärt wird. Dies ist der Fall, wenn sich mindestens 60 Ratsmitglieder für die Dringlichkeit aussprechen. Der Regierungsrat hätte dann fünf Wochen Zeit für eine Stellungnahme. Anschliessend würde der Kantonsrat definitiv über die Überweisung des Postulates entscheiden.

Jeannette Büsser (Grüne, Zürich), 077 255 27 56

Vorstösse zu Bildungsthemen

Der Rest der Nachmittagssitzung dreht sich ausschliesslich um Vorstösse, welche die Bildungsdirektion betreffen. SP-Kantonsrätin Monika Wicki fordert mit Unterstützung der Grünen den Regierungsrat auf, den Fehlanreiz für übermässiges Praktikantenwesen in den Betreuungseinrichtungen durch eine Anpassung des Betreuungsschlüssels abzuschaffen ([KR-Nr. 270/2018](#)). Mit einer Motion, die von den Grünen und der EVP unterstützt wird, will Monika Wicki die Regierung zudem beauftragen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit die Gemeinden ihre Leistungen im Bereich der frühen Deutschförderung ausbauen können und dabei vom Kanton finanziell unterstützt werden ([KR-Nr. 42/2019](#)). Mit einem Postulat bittet FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois den Regierungsrat zu prüfen, wie die Volksschulverordnung geändert werden kann, damit Kindergartenkinder in Ausnahmefällen auch um halbe Jahre zurückgestellt werden können ([KR-Nr. 397/2018](#)). Ebenfalls traktandiert ist am Montagnachmittag die Diskussion über die Antworten des Regierungsrates auf Marc Bourgeois' Interpellation zur politischen Neutralität in der Volksschule ([KR-Nr. 290/2018](#)). Mit der Diskussion im Rat ist dieses Geschäft erledigt. Mit einem Postulat bittet GLP-Kantonsrat Christoph Ziegler den Regierungsrat, ein Konzept zu erarbeiten, das die Rahmenbedingungen für einwöchige Schüleraustausche in einem anderssprachigen Landesteil vereinfacht und verbessert ([KR-Nr. 11/2019](#)). Der Regierungsrat beantragt, alle erwähnten Postulate und Motionen abzulehnen.

Monika Wicki (SP, Zürich), 076 427 52 78

Marc Bourgeois (FDP, Zürich), 079 219 95 38

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Persönlich:

Zu Beginn der Sitzung steht am Montagmorgen der Eintritt eines neuen Mitglieds des Kantonsrates an. Als Nachfolger von Benedikt Hoffmann wird der 50-jährige Bauunternehmer **Christoph Marty** (SVP, Zürich) das Amtsgelübde leisten ([KR-Nr. 482/2020](#)).

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Roman Schmid, Kantonsratspräsident, 079 581 88 00

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12